

Mit Helene Seelmann im Studio, guten Abend.

Sozialminister Rauch von den Grünen wünscht sich eine Debatte über eine Kindergrundsicherung, der Koalitionspartner ÖVP winkt ab.

Großeinkauf beim Bundesheer, Transportflugzeuge und Kampffjets sollen beschafft werden.

Nicht schuldig beteuert der Ex-Präsident des Kosovo Taci vor dem Sondertribunal in Den Haag.

Deutschlands Kanzler Scholz fordert den Schengenbeitritt Rumäniens bis Ende dieses Jahres.

Morgen tritt Finnland als 31. Mitglied der NATO bei.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist zu niedrig, wie seit 15 Jahren nicht.

Eine Trendumkehr zeichnet sich aber ab.

In der Kauser-Dichand bringt die WKSDA Amtshilfeersuchen an das Finanz- und das Justizministerium ein.

Und mit Spinnenseide durch Trend den Nerven reparieren, daran wird international geforscht.

Das Journal-Panorama gleich im Anschluss beschäftigt sich heute mit dem Umgang der Arbeitswelt mit den Älteren.

Erster Programmpunkt im Abendjournal der Blick aufs Wetter mit Manuel Oberhuber.

Heute Abend ziehen an der Alpen-Nordseite noch ein paar Schnee und Regenschauer durch.

In der Nacht klart es dann teilweise auf und es wird in ganz Österreich frostig.

Morgen am Dienstag scheint im Süden und Westen Österreichs die Sonne.

Teilweise ist es sogar wolkenlos.

Dichtere Wolken ziehen in Salzburg, in Oberösterreich und in der Obersteiermark durch.

Es wird morgen ähnlich windig wie heute.

Die Temperaturen gehen noch eine Spur zurück auf maximal minus 1 bis plus 10 Grad.

Welche Auswirkungen die Teuerung in diesem Winter auf einkommensschwache Familien hatte, darüber haben wir im Morgen Journal berichtet.

Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen kann sich zur Bekämpfung von Kinderarmut eine Kindergrundsicherung vorstellen.

Damit gemeint sind zusätzliche Zahlungen zur Familienbeihilfe.

Dass sich die Koalition aus Grünen und Volkspartei aber auf eine solche Grundsicherung einigt, ist nicht zu erwarten.

Peter Daser fasst die politische Debatte zusammen.

Eine Kindergrundsicherung sei ein langfristiges Projekt, sagt Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen.

Die Debatte darüber solle man führen.

Nach der heute veröffentlichten Befragung zur Situation einkommensschwacher Haushalte mit Kindern

kommt die Forderung nach einer Kindergrundsicherung von der Volkshilfe.

Rauch sagt heute.

Weil es schon so ist, dass Kinderarmut Zukunftschancen von Kindern kaputt macht.

Und das sollten wir uns nicht leisten.

Auch entlang der Demografenentwicklung, die wir haben, wir brauchen jedes einzelne Kind.

Wir dürfen keine Kinder zurücklassen.

Der Sozialminister verweist auf bereits eingeführte Hilfen und auf die erhöhten Sozialleistungen.

Auch die Volkspartei verweist auf bestehende Hilfszahlungen,

hat aber beim Thema Kinderarmut einen anderen Zugang.

Der Generalsekretär der Volkspartei Christian Stokker sagt heute, Ziel sei...
Dafür Sorge zu tragen, dass wir eine Wirtschaftssituation, einen Arbeitsmarkt haben,
wo diese Armutsgefährdung deshalb nicht eintritt,
weil aus Arbeitseinkommen man sich sein Leben leisten kann und Armut verhindert wird.
Kritik an den Regierungsparteien kommt von der Opposition.
Die Sozialdemokraten nennen Kinderarmut in einem reichen Land wie Österreich eine Zumutung.
Von den Freiheitlichen heißt es,
die Regierungsparteien würden nichts gegen die Inflation unternehmen.
Nach jahrelangem strengen Sparkurs hat das Bundesheer erstmals wieder Geld zur Verfügung.
17 Milliarden Euro stellt der Bund bis 2022 bereit.
Damit soll die veraltete Ausrüstung erneuert werden.
Das Bundesheer steckt nun mitten in einem großen Beschaffungsprozess.
Zwei Großprojekte stehen an.
Angebote für neue Transportflugzeuge werden gerade eingeholt
und auch neue Kampffjets sollen gekauft werden.
Victoria Waldecker mit den Einzelheiten.
Sie sind nicht mehr die Jüngsten.
Die Herkules, die Transportflugzeuge des Bundesheers, sind über 50 Jahre alt.
Ihr Einsatzende rückt näher.
Sie können höchstens noch bis 2030 genutzt werden.
Deshalb hat das Bundesheer jetzt 29 Nationen
um Angebote für Transportflugzeuge und mögliche Kooperationen gebeten,
sagt Verteidigungsministerin Claudia Tanner von der ÖVP.
Je früher wir hier eine Nachfolge angeboten bekommen, umso besser es ist.
Weil ja regelmäßig auch durchaus teure Wartungen anstehen am Gerät
und daher wird der Faktor Zeit auch eine Rolle spielen.
Vier bis fünf Transportflugzeuge will Österreich kaufen.
Für Details müssen wir aber die Angebote abwarten.
Ziel sei es, den Vertrag zur Beschaffung im ersten Quartal 2024 zu unterzeichnen.
Und auch ein weiteres Großprojekt startet.
Österreich kauft auch eine zweite Kampffjetflotte.
Die 15 Eurofighter sind für die Jet-Piloten-Ausbildung nämlich nicht geeignet.
Seit über zwei Jahren muss die Ausbildung deshalb teuer im Ausland gekauft werden.
Zusätzliche leichtere Kampffjets sollen das ändern.
Die neuen Anschaffungen werden auch das Image des Heeres verbessern.
Glaubt Generalmajor Bruno Hofbauer, er ist der Planungschef des Heeres.
Dass wir ein bisschen den verstaubten Oldtimer-Club ablegen.
Und ich denke, dass das schon auch für die jungen Österreicherinnen und Österreicher interessant
ist.
Insgesamt investiert das Heer 1,6 Milliarden Euro in die Luftraumüberwachung.
18.05 Minuten zu Themen aus dem Ausland jetzt.
In den Haar hat heute der Prozess gegen Hashim Tachi begonnen.
Dem kosovarischen Ex-Präsidenten werden mehrere Verbrechen während des Kosovo-Kriegs
vorgeworfen.

Darunter fast 100 Morde.

Mitangeklagt sind drei weitere frühere Kommandeure der Befreiungsarmee des Kosovo Uchika. Tachi hat vor Gericht erklärt, er sei unschuldig.

Ich bin völlig nicht schuldig.

Er sei voll und ganz nicht schuldig, sagt Hashim Tachi in den Worten seiner Simultandol-Metscherin.

Die Anklage wirft ihm und seinen drei mitangeklagten Morde, Verschleppung und Folter während des Kosovo-Kriegs vor.

Insgesamt sind es zehn Anklagepunkte wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In ihrer Heimat werden die ehemaligen Uchika-Kommandeure als Befreiungshelden gefeiert.

Die Staatsanwälte sprechen aber von einer dunklen Seite der Uchika-Erführung,

die die klare Strategie gehabt habe, Kollaborateure, vermeintliche Verräter und politische Gegner ins Visier zu nehmen.

Man werde 100 Morde beweisen.

Zum Prozessauftritt haben Tachi-Unterstützer in der Kosovo-Hauptstadt Pristina und auch vor dem Gerichtsgebäude in Den Haag demonstriert.

Das 2015 eingerichtete Sondertribunal befasst sich speziell mit Verbrechen, die während des Kosovo-Krieges von 1998 bis 1999 begangen worden sind.

Damals haben Uchikari-Banden und serbische Kräfte um der Führung des damaligen Präsidenten Slobodan Milošević um die Kontrolle des Landes gekämpft.

Im Laufe des Krieges wurden mehr als 13.000 Menschen getötet.

2008 hat Kosovo seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt.

Die Regierung in Belgrad betrachtet es jedoch nach wie vor als serbische Provinz.

Birgit Schwarz hat berichtet.

Bei seinem ersten Besuch in Bucharest forderte der Deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz heute den Schengenbeitritt Rumäniens bis zum Jahresende.

Beide Länder wollen auch verstärkte Hilfe für die Ukraine leisten, Andreas Pfeiffer berichtet.

Als Transitland für Waffenlieferungen in die Ukraine fällt Rumänien innerhalb der NATO aber auch für die EU eine wichtige Aufgabe zu.

Was noch fehlt, ist der Schengenbeitritt, der zuletzt unter Angabe von migrationspolitischen Gründen am Widerstand Österreichs gescheitert ist.

Kanzler Olaf Scholz versucht, diesen Widerstand zu brechen.

Deutschland steht fest an der Seite Rumäniens.

Dazu gehört auch das Ziel, dass Rumänien in diesem Jahr endlich die Vollmitgliedschaft im Schengenraum erhält.

Rumäniens Präsident Klaus Iohannis freut sich über den Beistand aus Berlin und über eine besondere Kooperation in Kriegszeiten.

Die deutsche Rüstungsfirma Rheinmetall wird künftig Kampfpanzer und Panzerhaubitzen an einem neuen Standort an der rumänischen Grenze zu Ukraine warten und reparieren.

Dem bilateralen Treffen gesellte sich am Nachmittag Maja Sandu, die Präsidentin der Republik Moldau hinzu, die seit Juni EU-Beitrittskandidat ist.

In Moldaus abtrünniger Provinz Transnistrien sind russische Soldaten stationiert, Moskau versucht das Land mit Cyberkriminalität und durch ausbleibende Energielieferungen zu destabilisieren.

Moldau ist nicht allein lautet, dazu die Botschaft aus Berlin und Bucharest, eine europäische

Plattform zur wirtschaftlichen und politischen Unterstützung des Landes soll sie in die Realität überführen und damit neuen russischen Expansionsgelüsten vorbeugen.

Im Brüssel treffen morgen im NATO-Hauptquartier die Außenminister der Staaten des Verteidigungsbündnisses zusammen. Noch sind es 30, ab morgen werden es dann 31 sein, da wird der finnische Beitritt eng gültig beschlossen.

Dieser kommt in einer Zeit höchster Anspannung, wie jüngste Ankündigungen zeigen, wonach in Belarus russische Atomwaffen an der NATO-Grenze zu Polen stationiert werden sollen. Aus Brüssel Robert Zickmund.

Es ist ein zwiespältiges Gefühl, dass die Außenminister der NATO-Staaten in Brüssel begleitet. Einerseits ist da großer Stolz, in weniger als einem Jahr hat man Finnland in das Bündnis holen können, morgen soll der Beitritt nun formal finalisiert werden.

Wir begrüßen Finnland als 31. NATO-Mitglied, das macht Finnland und die NATO sicherer. Nun wird die finnische Flagge erstmals in unserem Hauptquartier wehen.

Sonato-Generalsekretär Jens Toltenberg heute in Brüssel. Und trotzdem hätte man Finnland und Schweden doch gerne gemeinsam aufgenommen, dass es für Schweden nun länger dauert, konnte noch letztes Frühjahr niemand ahnen.

Dennoch sei man auf einem guten Weg, dass die Türkei letztlich auch ihren Widerstand gegen den schwedischen Beitritt aufgebe. Dass nun russische Atomwaffen an der belarussisch-polnischen Grenze stationiert werden, zeigt den Ernst der Lage.

Wo Putin Atomwaffen benutzt, um uns einzuschüchtern, aber wir lassen das nicht zu und werden die Ukraine weiterhin unterstützen.

Bei der militärischen Unterstützung für die Ukraine gehe man inzwischen von einer jahrelangen Notwendigkeit aus.

Nach dem tödlichen Anschlag auf den bekannten russischen Militärblogger Vlad Lenta Tarski gestern in St. Petersburg haben die russischen Behörden eine junge Frau festgenommen. Bei dem Anschlag wurden 32 Menschen verletzt.

Der Kreml spricht von einem Terroranschlag und beschuldigt die Regierung, in Kiev dafür verantwortlich zu sein. Die ukrainische Führung weist alle Vorwürfe zurück, Karin Kroller berichtet. Das russische Innenministerium hat ein Video mit der Tatverdächtigen veröffentlicht. Weißt du, warum du festgenommen bist, wird die junge Frau da gefragt.

Ja, weil ich Vlad Lenta Tarski eine Statue übergeben habe, die dann explodierte, so ihre Antwort. Wer hat dir diese Statue gegeben?

Das wollte sie später sagen. Bei der festgenommenen Handelte sich um eine 26-jährige russische Staatsbürgerin. Sie wird von der Polizei als Antikriegsaktivistin bezeichnet.

Vlad Lenta Tarski, den sie bei dem Anschlag in dem Petersburger Café gestern getötet haben soll, war Russlands einflussreichster Militärblogger mit mehr als einer halben Million Follower.

Tarski verherrlichte lautstark den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Ermordung Tarski seien Terroranschlag gewesen, heißt es heute aus dem Kreml.

Die ukrainische Führung, gemeinsam mit dem inhaftierten russischen Oppositionellen Alexei Navalny und dessen Umfeld, seien dafür verantwortlich.

In Kiev weist man alle Vorwürfe zurück und spricht von hauseigenen russischen Inlandsterrorismus. Das Team Navalny beschuldigt seinerseits den russischen Geheimdienst FSB hinter der Ermordung des Bloggers zu stecken.

Dieser habe zuletzt lautstark Kritik an der russischen Militärführung geübt. Die jetzt geäußerten

Terrorvorwürfe gegen Navalny können für diesen jedenfalls sehr heikel werden. Navalny muss sich demnächst einem neuen Strafverfahren stellen. Diesmal wegen Extremismus. Frankreich öffnet den Weg zu einer möglichen Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Ein für diese Frage eingerichteter Bürgerrat spricht sich für die Zulassung aus. Präsident Emmanuel Macron will bis zum Ende des Sommers ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten lassen. Aus Paris Cornelia Primosh.

Monatelang haben die perlos ausgewählten Französinnen und Franzosen über das heikle Thema Sterbehilfe beraten. Der Großteil der 184 Mitglieder des Bürgerrates spricht sich nun für die Zulassung der aktiven Sterbehilfe aus.

Unsere Bürgerversammlung ist zu 76 Prozent für die aktive Sterbehilfe, das sie den Bürgern die Wahl lässt und weil die aktuell geltende Sedierung bis zum Lebensende nicht ausreicht. Begründet Teilnehmerin Marianne die Entscheidung heute beim Treffen mit Präsident Emmanuel Macron. Dieser verspricht die Empfehlungen, an seine Regierung weiterzuleiten.

Ich wünsche, dass dieser Arbeit ein Projet de loi permet, bis zum Ende des Sommers ein entsprechendes Gesetz stehen soll, das die aktive Sterbehilfe in Frankreich ermöglicht.

Die deutsche Hauptstadt Berlin wird wohl bald von einer schwarz-roten Koalition regiert. Sieben Wochen nach der Wahlwiederholung, das Ergebnis der Wahl 2021 war ja wegen zahlreicher Pannen für nicht erklärt worden, haben sich CDU und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt und auf einen konservativen Bürgermeister.

Vorausgesetzt, die SPD-Mitglieder stimmen zu. Aus Berlin berichtet Verena Kleitzmann.

Betont harmonisch präsentieren CDU und SPD heute ihre gemeinsamen Pläne. Nach dem Chaos der letzten Monate inklusive Wahlwiederholung sei das der wohl größte Wunsch der Berlinerinnen und Berliner, sagt Kai Wegener, CDU-Walsieger und möglicher neuer Bürgermeister von Berlin. Sie wollen eine Landesregierung, die sich nicht streitet, die die Probleme gemeinsam angeht. Zum Beispiel die berüchtigt ineffiziente Berliner Verwaltung, die moderner und vor allem digitaler werden soll, sagt Wegener, oder die Polizei, die man nun flächendeckend mit Bodycams ausstatten will.

Um diese vielfältige bunte, liberale, weltoffene Metropole noch sicherer zu machen. Mehr Geld soll es außerdem für den Klimaschutz und den Bau neuer Wohnungen geben. Bei vielen SPD-Mitgliedern ist die Koalition trotzdem höchst umstritten. Sie können nun drei Wochen lang über den Vertrag abstimmen, geben sie grünes Licht, bekommt Berlin den ersten konservativen Bürgermeister seit 22 Jahren.

Es ist gleich 18.15 Uhr. Die Preise für Rohöl steigen wieder. Grund ist die Förderkürzung der Allianz OPIC Plus, die über einen Marktanteil von etwa 40 Prozent weltweit verfügt. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich wieder auf steigende Kosten einstellen. Volker Obermaier berichtet.

Noch Kosten, Benzin und Diesel je Liter um die 1,60 Euro im bundesweiten Schnitt. Weil die OPIC Plus-Länder das Angebot drosseln, rechnet der Energieexperte Walter Peutz mit moderat steigenden Preisen eine Art Nachholeffekt, weil die Nachfrage in den vergangenen Monaten gering gewesen sei.

Daher glaube ich nicht, dass die Preise massiv steigen, vielleicht um fünf bis sieben Prozent, aber mehr würde mich eigentlich sehr wundern.

Gegen den Erwartungen der OPIC Plus-Länder waren die Preise pro Fass Rohöl in der jüngeren Vergangenheit gefallen, etwa wegen der geringen Nachfrage aus China.

Die Allianz der Erdöl exportierenden Länder strebt einen Preis von gut 80 US-Dollar pro Fass an. Experten erwarten, dass die Staaten in den kommenden Monaten die Produktion stabil halten. Nach Österreich jetzt. Die Arbeitslosigkeit ist zum Niedrig wie seit 15 Jahren nicht, noch immer wirkt der Wirtschaftsaufschwung des vergangenen Jahres nach. Im März ist die Arbeitslosigkeit weiter gesunken.

330.000 Menschen sind arbeitslos oder in Schulung gewesen. Allerdings zeigt sich schon ein leichter Anstieg, etwa bei Jugendlichen und Männern.

Das dürften erste Vorzeichen für die Entwicklung in den nächsten Monaten sein. Mehr von Hannah Sommersacher.

Im März ist die Arbeitslosigkeit noch einmal gesunken. Da sind Ausläufer des starken Aufschwungs im vergangenen Jahr, sagt AMS-Chef Johannes Kopf.

Die Wirtschaft hat in Wirklichkeit schon nachgelassen. Wir haben aber noch ein leicht rückläufiges Zahl.

In Salzburg, der Steiermark, in Oberösterreich, Vorarlberg und in Bogenland steigt die Zahl der Arbeitslosen bereits, vor allem bei Jugendlichen unter 25 Jahren.

Aktuell sagen uns die Wirtschaftsforscher, dass die Wirtschaft nicht mehr wächst. Das heißt, dass die Betriebe weniger Neue einstellen und das trifft in erster Linie mal die Jungen.

Erfreulich ist, dass immer weniger Menschen länger als ein Jahr auf Jobsuche sind.

Arbeitsminister Martin Kocher, ÖVP, will das Programm Sprungbrett fortsetzen, mit dem die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen gefördert wird.

Wir wollen weiter sehr viele Mittel da reinstecken, weil Langzeitarbeitslosigkeit ein riesiges gesellschaftliches Problem ist.

Der Ausblick sorgt für gemischte Gefühle. Die Konjunktur schwächelt, das dürfte in den nächsten Monaten für mehr Jobverluste sorgen.

Glücklicherweise ist die offene Stellenzahl immer noch sehr hoch. Das heißt, wir gehen im Moment davon aus, dass viele Menschen, die ihren Job verlieren könnten, relativ rasch einen anderen Job bekommen können.

Im zweiten Halbjahr soll sich die Konjunktur laut Prognosen wieder erholen. Allerdings gebe es viele geopolitische Unsicherheiten. Er hoffe auf Stabilität, sagt Minister Kocher.

In Kärnten hat die SPÖ heute ihre Personalentscheidungen für die neue Regierungsperiode getroffen. Das fünfköpfige Regierungsteam bleibt dasselbe wie bisher.

Nur im Landtag gibt es mit 7 von 15 SPÖ-Abgeordneten neue Gesichter. Mehr von Christoph Klanschnick.

Der SPÖ Landespartei-Vorstand hat den Vorschlag von Peter Kaiser einstimmig abgesegnet.

Eine Mischung aus einem weiter fortgesetzten Verjüngungsprozess, aber auch gleichzeitig gebarrt mit Verlässlichkeit, mit Stabilität.

So bleibt das SPÖ-Regierungsteam mit Kaiser Gabi Schaunek, Beate Pretner, Sarah Schau und Daniel Fellner unverändert.

Nur übernimmt Schaunek, das Amt der ersten Landeshauptmann-Stellvertreterin von Pretner, die als Landesräte in Weitermacht.

Der zweite Landeshauptmann-Stellvertreter geht ja an ÖVP-Koalitionspartner Martin Gruber.

Im Landtag gibt es unter 15 SPÖ-Abgeordneten 7 neue Gesichter. Das Durchschnittsalter sinkt auf 48 Jahre.

Klubobmann bleibt Herr Wegseiser. Als ersten Landtagspräsidenten schlägt die SPÖ wieder rein

hartrohr vor.

Nach der Hausdurchsuchung bei der Zeitung heute, vorige Woche, ist die Wirtschaft zum Korruptionsstaatsanwaltschaft weiter auf Spurensuche zu den Vorwürfen, die Thomas Schmidt erhoben hat. Um diese zu überprüfen, hat die Ermittlungsbehörde nun Amtshilfeersuchen an das Finanz- und Justizministerium eingebracht.

Diese liegen Ö1 vor, Petra Pichler berichtet.

Im Visier der Mittler sind im Finanzministerium alle in Seratenschaltungen von 2015 bis 2022 inklusive E-Mails aller damit befassten Mitarbeiter.

Beim Amtshilfeersuchen an das Justizministerium geht es hingegen um die Aufklärung der legistischen Prozesse und um die damals geplante Novelle des Privatstiftungsgesetzes.

Hier soll ja laut Aussagen von Thomas Schmidt, heute Herausgeberin Eva Dichand, interminiert haben.

Das Finanzministerium habe deshalb eine negative Stellungnahme gegen die Novelle eingebracht, behauptet zumindest Schmidt.

Dichand bestreitet die Vorwürfe. Nun will die WKSDA laut Amtshilfeersuchen klären, ob es in Sachen Stiftungsnovelle auch Interventionen vom damaligen Justizminister Wolfgang Brandstetter oder seiner Kabinettsmitarbeiter gegeben hat.

Vom Brandstetter gab es vorerst keine Stellungnahme.

Zu einem Thema aus der Wissenschaft jetzt. Mit Spinnenseide durch drehte Nerven reparieren. Daran arbeitet ein internationales Forscherteam. Daran beteiligt sind noch Wissenschaftler aus Österreich. Christian Huber informiert.

In Tiermodellen ist es bereits gelungen Nervenleitschienen herzustellen. Die Seide für die Nervenröhren kommt von Seitenraupen, die Füllung von Seitenspinnen.

Die Forscherinnen und Forscher damit Uni Wien und der Uni Oxford haben in ihrer Studie gezeigt, dass so durch drehte Nerven repariert werden können. Denn der Körper stößt die Seide nicht ab, das Gewebe wächst entlang der Seide.

Spinnenseide wird dabei vom Körper offenbar bevorzugt. Es funktioniert also schon gut im Tiermodell. Als nächstes Schritt soll der mögliche Einsatz von Spinnenseide bei Nervenverletzungen des Menschen erforscht werden.

Der österreichische Skiverband arbeitet an seinem Image, er will nach außen hin jünger und dynamischer wirken. Daher wurde heute in Wien eine neue Marke und ein neues Logo präsentiert. Intern agiere man den Statuten gemäß weiter als USV heißt es. Adi Niederkorn berichtet. Aus dem Achteck mit dem Skispringer drinnen ist ein A für Austria geworden. Zusammen gesetzt aus neuen Balken. Ab sofort heißt es nicht mehr USV, sondern Skiaustrier. Aber vorerst nur in der Außenausstellung.

Intern nennt sich Roswita Stadlober weiterhin Präsidentin des österreichischen Skiverbandes. 2001 bei der SkiWM in St. Anton hat der Peter Schröcksnadel Skiaustrier eigentlich ins Leben gerufen. Nur haben wir quasi im Innenleben den österreichischen Skiverband gehabt, den kalten wir jetzt auch, aber wir fahren nach außen nur mehr mit Ski Austria.

Auf den ersten Blick also weiterhin eine Konzentration auf Ski und das, obwohl gerade im Snowboard-Bereich die größten Erfolge gefeiert wurden.

Das Snowboard kommt natürlich vor. Snowboard verrückt, Skiver rückt, also da wird Snowboard immer mit transportiert.

In der Schweiz wurde Svischi bereits vor mehr als 20 Jahren etabliert und hat sich längst

durchgesetzt.

Nach der Gewalt hat den Strassehof in Niederösterreich gehen die Ermittlungen der Polizei weiter. Ein 27-jähriger Mann soll in den frühen Morgenstunden seine 60-jährige Mutter erstochen und seinen 70-jährigen Vater lebensgefährlich verletzt haben.

Danach hat der Sohn offenbar versucht sich das Leben zu nehmen. Die drei haben gemeinsam in einem Haus gewohnt. Christian Postl berichtet.

Die Mutter hat noch selbst in Todesangst den Nothof gewählt. Ihr Sohn würde sie mit einem Messer attackieren.

Für sie ist aber jede Hilfe zu spät gekommen, sagt Johann Baumschlager von der Landespolizeidirektion Niederösterreich.

Unsere Einsatzkräfte waren wirklich sehr, sehr rasch vor Ort und haben aber dann leider Gottes noch mehr die tote 60-jährige Frau auffinden können.

Auch wurde aufgefunden, der wirklich sehr schwer verletzte Ehemann und auch aufgefunden wurde dann der vermeintliche Täter.

Der Sohn hat nach der Tat offenbar versucht, Suizid zu begehen. Er hat sich Schnittwunden zugefügt und ist aus dem Dachfenster des Hauses gesprungen.

Er wurde dabei schwer verletzt und ebenso wie der Vater ins Krankenhaus gebracht.

Das Motiv für die Blutzeit liegt offen beim familiären Umfeld. Die Polizei hat während des Tages Spuren am Tatort gesichert und Nachbarn befragt.

Der Vater und der mutmaßliche Täter sind nicht vernehmungsfähig. Der genaue Hergang der Blutzeit muss noch geklärt werden.

Die Nachrichten Rosana Zahra.

Polen hat der Ukraine die ersten der angekündigten Kampfjets übergeben. Weitere Waffenlieferungen sollen folgen.

Unklarheit herrscht weiter über die Situation in der ostukrainischen Stadt Bachmut.

Die russische Privatararmee Wagner behauptete heute auf dem Gebäude der Stadtverwaltung, die Fahne gehisst und Bachmut damit erobern zu haben.

Kiew spricht von falschen Informationen, die Staat sei weiter umkämpft.

Die Anwälte des in Russland verhafteten US-Journalisten Evan Gershkovic haben Beschwerde gegen seine Untersuchungshaft eingelegt.

Der Kreml wirft Gershkovic Spionage für die amerikanische Regierung vor.

Vorerst ist er bis Ende Mai in Haft bei einer Verurteilung, drohende im Reporter des Wall Street Journals bis zu 20 Jahre Gefängnis.

Ex-Bundeskanzler Christian Kern dementiert erneut Comeback-Gerüchte.

Er werde nicht für die SPÖ-Parteispitze kandidieren, schreibt Kern auf Twitter, die SPÖ habe eine respektable Auswahl, damit sei alles gesagt.

Die SPÖ lässt ihre Mitglieder ab 24. April über die Parteispitze abstimmen.

Am Wiener Ballhausplatz hat eine Kundgebung mehrerer Klimaschutzorganisationen begonnen.

Unter anderem Extinction Rebellion, Attack und Erde brennt demonstrieren gegen den Polizeieinsatz am Rande der Gaskonferenz vergangenen Wochen.

Die Polizei hatte die Proteste teils gewaltsam aufgelöst.

Dabei kamen auch Pfefferspray und Schlagstärke zum Einsatz.

Soziale Bewegungen dürften nicht kriminalisiert werden zu die Forderung der heutigen Kundgebung.

Paris verbietet ab September Laie E. Roller.

In einer Abschiebung haben sich 90 Prozent dafür ausgesprochen, die Geräte von den Straßen zu verbannen.

Teilgenommen haben allerdings nur acht Prozent der Stimmberechtigten.

Private E-Scooter sind von dem Verbot nicht betroffen.

Das Wetter, vor allem im Westen und Süden Österreichs, ist das sonnig-dichtere Wolkenzin, dagegen Salzburg in der Obersteiermark und in Oberösterreich durch.

Es bleibt morgen windig und kalt bei maximal minus 1 bis plus 10 Grad.

Barbara Schieder, Lukas Linschinger und Helene Seelmann, Ihr Abendjournalteam.

Heute sagt Danke für Ihr Interesse.

Es geht gleich 18.25 Uhr und es geht weiter mit dem Journal-Panorama.

Monika Feldner-Zimmermann, bitte.

Guten Abend, ältere Menschen und der Arbeit.